

Eingespieltes Miteinander

Jordanien und seine christliche Minderheit

Im haschemitischen Königreich Jordanien machen die Christen 4,5 Prozent der Bevölkerung aus. Seit der Staatsgründung ist das Land von einem einigermaßen friedlichen Miteinander der Religionen geprägt; die Kirchen sind vor allem auf dem sozialen Sektor aktiv. Unter dem Nachfolger von König Hussein stehen die Zeichen auch religionspolitisch auf Kontinuität.

Der Tod von König Hussein im Februar dieses Jahres, die von ihm kurz vor dem Ableben überraschend geregelte Thronfolge, der hohe Anteil palästinensischer Flüchtlinge und eine katastrophale Wirtschaftslage ziehen die Aufmerksamkeit auf Jordanien. Das biblische Land jenseits des Jordans, in dem das Urchristentum ebenso präsent war wie beim Nachbarn Israel bzw. Palästina, verfügt über wertvolle Zeugnisse einer jahrhundertealten Kultur. Bis heute kann sich die christliche Minderheit in einem Land religiöser Toleranz und Akzeptanz halten.

Als Transjordanien am 25. Mai 1946 seine Unabhängigkeit erhielt und *Emir Abdallah* die Königswürde annahm, begann die jordanische Geschichte im Spannungsfeld zwischen Fremdbestimmung, Existenzsuche und dem Grenzkonflikt mit Israel. Ursprünglich sollte die sogenannte Westbank nach dem UN-Teilungsplan von 1947 nicht zu Jordanien gehören. Erst als der junge Staat den schmalen Landstrich eroberte, der fortan ein Drittel des fruchtbaren Bodens ausmachte, kam es am 24. April 1950 zur Gründung des „Haschemitischen Königreiches Jordanien“.

Das Königshaus, eine erblich-konstitutionelle Monarchie, leitet sich direkt vom Propheten Mohammed ab, derzeit in der 44. Generation: Haschem war der Urgroßvater Mohammeds und begründete damit die bis heute älteste arabische Dynastie. Nach der Verfassung ist der Islam Staatsreligion, Religionsfreiheit wird jedoch garantiert. 90 Prozent der Bevölkerung sind sunnitische Muslime, drei Prozent gehören den Schiiten an, die Christen machen 4,5 Prozent aus, weitere Religionsgemeinschaften 2,5 Prozent.

Jordanien zwischen Israel und den Palästinensern

Abdallah, der schon früh eine Annäherung mit Israel suchte, wurde 1951 in Ost-Jerusalem ermordet und der neue König Talal gab die Macht bereits nach wenigen Monaten ab, so daß Hussein am 2. Mai 1953 zum König von Jordanien gekrönt wurde. Seit der Gründung Israels und der Westbankverwaltung durch Jordanien gab es im Land zahlreiche palästinensische Flüchtlinge. Bei ihnen fand die sich etablierende PLO erhebliche Unterstützung, wodurch Jordanien

zum Ausgangspunkt für ein weitverzweigtes Netz von Guerillaaktivitäten wurde. Subversiv richtete die PLO eine „Nebenregierung für Palästina“ ein, die 1966 zur Revolte gegen Hussein aufrief und die Eingliederung Jordaniens in das Lager der „revolutionären Kräfte im Kampf gegen Israel“ forderte. Das Flüchtlingsproblem verschärfte sich im Sechstage-Krieg und der Besetzung der Westbank durch Israel, als zusätzlich 350 000 Menschen in das Land strömten, so daß die Wirtschaft zusammenbrach und der Ausnahmezustand verhängt wurde, der erst 1991 zur Aufhebung kam.

Die Entführung von drei westlichen Flugzeugen durch die PLO zwischen dem 6. und 9. September 1970 veranlaßte Hussein, in einem brutalen Militärschlag die Macht der Palästinenser zu brechen. Der Bürgerkrieg führte zum „Schwarzen September“, mit dem nach Auffassung des Königs der „Staat im Staate“ ausgeräumt und das monarchistisch-autokratische System wesentlich stabilisiert werden sollte. In dieser Situation intervenierte Syrien zwischen dem 16. und 27. September zugunsten der Palästinenser und ließ Panzer bis vor die Tore Ammans rollen.

Mit diesen Erfahrungen und hohen Verlusten auf beiden Seiten handelten Hussein und PLO-Führer *Yassir Arafat* am 13. Oktober 1970 einen *privilegierten Status für die Palästinenser* in Jordanien aus. Die Situation blieb aber über Jahre hinweg problematisch; der Versuch Husseins, eine Föderation autonomer Regionen in Jordanien und der Westbank mit ihm als Staatsoberhaupt zu etablieren, schlug fehl. Folgeschwer war die Arabische Gipfelkonferenz von Rabat im Oktober 1974: Unter dem Druck der arabischen Staaten stimmte Hussein zu, die Westbank zugunsten der Palästinenser als nicht mehr zu Jordanien gehöriges Gebiet zu betrachten.

Im Oktober 1982 schlug Hussein den Palästinensern eine Konföderation zwischen Jordanien und einem in der Westbank zu gründenden palästinensischen Staat vor: Das von ihm regierte Königreich solle zwei Staatsbürgerschaften, Parlamente und Regierungen haben, jedoch eine einheitliche Außen- und Verteidigungspolitik. Die Gespräche zogen sich hin, die Idee scheiterte, so daß der König, um den eskalieren-

den innenpolitischen Schwierigkeiten wenigstens in Ansätzen zu begegnen, Anfang 1984 das Parlament wieder einsetzte. Aufgrund des ersten Golfkriegs steckte Jordanien seit 1988 in einer Wirtschafts- und Finanzkrise. Der Internationale Währungsfonds zwang die Regierung, die Preise für Grundnahrungsmittel drastisch anzuheben, was am 11. April 1989 zu Unruhen im ganzen Land führte. Als Konsequenz kündigte Hussein zum ersten Mal seit 1957 Wahlen an, die im November desselben Jahres abgehalten wurden; allerdings waren Parteien nicht zugelassen. Das Ergebnis war für den König nicht unproblematisch: Von den 80 Abgeordneten standen 31 dem islamistischen Lager nahe, das sich in die Rolle der Opposition zurückzog. Die innenpolitische Situation spitzte sich mit der Kuwaitkrise im August 1990 zu.

Für Jordanien verschärfte sich damals die wirtschaftliche Katastrophe, weil plötzlich 385 000 jordanische Palästinenser aus den Golfstaaten ausgewiesen wurden bzw. in die Heimat zurückkamen und 40 000 Iraker Zuflucht in Jordanien suchten: Wohnraumverknappung, galoppierende Arbeitslosigkeit und ein reduzierter Devisenrückfluß durch die ehemaligen Gastarbeiter, die aus den reichen Ölländern finanzielles Potential in die Heimat brachten, führten das Land an den Rand des Kollaps. Von dieser Entwicklung hat sich Jordanien bis heute nicht erholt.

Am 20. August 1992 wurden erstmals politische Parteien zugelassen. Die Wahlen vom 8. November 1993 bestätigten den schrittweisen Demokratisierungsprozeß; es wurden nur noch 16 Vertreter islamistischer Splittergruppen in das Parlament gewählt. Bei den Wahlen am 4. November 1997 waren es trotz eines Wahlboykotts der radikalen Kräfte nur noch zehn. Außerdem sorgte der zweite Golfkrieg zum Durchbruch für den Friedensprozeß in Nahost: Nach der Prinzipienklärung zwischen Israel und den Palästinensern am 13. September 1993 suchte Jordanien den Dialog mit der PLO.

Das friedliche Miteinander der Religionen ist seit der Staatsgründung prägend

Höhepunkt der Annäherung gegenüber Israel seit 1988 war der Friedensvertrag am 26. Oktober 1994. Das Abkommen wird allerdings nur schleppend umgesetzt: Neben der Wasserproblematik bleibt der strittigste Punkt die *Jerusalemfrage*, denn Arafat erkannte anlässlich eines Versöhnungsbesuches bei Hussein am 25./26. Januar 1995 die Aufsicht Jordaniens über die Heiligen Stätten an. Der König sei aber bereit, hieß es damals, diese an die Palästinenser abzutreten, sobald sie ihre Souveränität über Ost-Jerusalem erhalten haben.

Aufgrund der haschemitischen Erbschaftsfolge gilt der König als höchster Repräsentant des Islam und ist berechtigt, bestimmte religiöse Feiern zu leiten. Weil die Gouverneure im Land als Stellvertreter des Monarchen gelten, ist es Christen nicht möglich, dieses Amt zu bekleiden. Seit der Suspendie-

rung des Parlaments 1952 und den ersten Wahlen von 1989 existiert ein Zwei-Kammern-System: In der ersten Kammer sitzen 40 vom König ernannte Abgeordnete, in die zweite werden alle vier Jahre 80 Vertreter gewählt.

Um Minderheiten zu berücksichtigen, hat man schon sehr früh ein *Proporzsystem* eingeführt, wonach im Abgeordnetenhaus neun Sitze für Christen, sechs für Beduinen und drei für Tscherkessen (0,5 Prozent der Bevölkerung) reserviert sind. Alle Gruppen können Ministerämter wahrnehmen, lediglich das Religions- und Erziehungsministerium ist einem Muslim vorbehalten. Armenier (0,2 Prozent) und Kurden (0,1 Prozent) sind nicht im Parlament vertreten, ein Minderheitenschutz für sie ist jedoch gesetzlich verankert.

Trotzdem bleibt der Weg zur Demokratie steinig, vor allem, weil das gegenwärtige Wahlgesetz als ungerecht gegenüber Städten und Flüchtlingslagern angesehen wird. Während Parlament und Regierung zwar politische Funktionen haben, werden die Entscheidungen im Königshaus getroffen. Soziale Aufstände, Proteste gegen das Königshaus und die Ungunst gesellschaftlicher Entwicklungen entladen sich meistens dann, wenn eine für die Bevölkerung nicht mehr tragbare Veränderung eintritt. In Jordanien ist das vor allem die Erhöhung der Brotpreise. An den jüngsten Aufständen 1997/1998 in Kerak und Irbid beteiligten sich alle Bevölkerungsgruppen. Hier stehen die christlichen Minderheiten in einer Reihe mit ihren muslimischen Nachbarn, denn das gesellschaftliche Grundfundament für ein sorgenfreies Leben möchte niemand angetastet wissen.

„Wir bemühen uns, auf unterschiedlichen Wegen bei der Regierung einzuwirken, wenn diese innenpolitischen Veränderungen eintreten. Als Kirche haben wir eine Pflicht, uns um die sozialen Belange der Bevölkerung zu kümmern. Aber nicht allzuoft sind wir mit unseren Interventionen erfolgreich“, so der griechisch-orthodoxe Metropolit des Landes, *Michailidis Konstantinos*. Wenn der König den Aufstand auf den Straßen nicht riskieren will, muß er behutsam mit größeren Veränderungen bei Steuern und staatlich kontrollierten Preisen umgehen. Das politische Geschick des neuen Monarchen wird sich daran manifestieren, wie es ihm gelingen kann, die desolate Wirtschaftslage zu überwinden.

In dieser Situation verlassen Christen – wenn das Geld reicht – ihre Heimat. Die islamische Großfamilie läßt die christliche Präsenz ebenfalls sinken, die Bevölkerungsziffern galoppieren nach oben: Heute zählt Jordanien etwa 4,2 Mio Einwohner. Bei einem Bevölkerungswachstum von 5,9 Prozent leben 16 Prozent in absoluter Armut, die Arbeitslosenquote liegt offiziell bei 15 Prozent, tatsächlich sind es aber bis zu 30 Prozent. Noch immer kann das Gesundheitswesen trotz des enormen Einsatzes der christlichen Kirchen die Säuglingssterblichkeitsrate von 2,1 Prozent nicht stoppen. Analphabeten, besonders in den ländlichen und damit häufig schwach entwickelten Regionen, gibt es bis zu 17 Prozent. Zur jordanischen Bevölkerung zählen heute rund 186 000 Chri-

sten, die sich auf einige Dörfer im Norden des Landes und die Städte Amman, Madaba, Kerak, Salt und Adschlun konzentrieren. Größte Konfession sind die Griechisch-Orthodoxen (knapp 100 000), gefolgt von den Melkiten (35 000). Zu den Lateinern gehören 25 000 Gläubige.

Seitdem es König Hussein gelungen ist, alle Gruppen in irgendeiner Weise trotz Armut und wirtschaftlicher Schwächen in das Gesamt des jordanischen Volkes zu integrieren, haben islamisch-fundamentalistische Einflüsse wenig Chancen. Mit dem Herrschaftssystem sind die Menschen einverstanden, der insgesamt konservative Islam gesteht genügend Freiräume zu. Menschenrechtsverletzungen gibt es zwar auch in Jordanien, allerdings nicht in den Ausmaßen wie in benachbarten Ländern. Fundamentalistische Übergriffe, die in Ägypten häufig gegen die christlich-koptische Bevölkerung gerichtet sind, finden in Jordanien derzeit keinen fruchtbaren Boden, weil das friedliche Miteinander der Religionen zum Konstitutivum des Landes seit seiner Gründung gehört. Der König vermochte das Land zu einen, Ausnahmen bilden die jüngsten Unruhen, die aber in den seltensten Fällen politisch motiviert waren.

Seit 1994 bestehen diplomatische Beziehungen mit dem Heiligen Stuhl

Das Verhältnis zwischen den christlichen Konfessionen und dem Königshaus gilt als ausgezeichnet, was insbesondere auf den langjährigen Thronfolger, Prinz *Hassan* (52), den Bruder von König Hussein, zurückzuführen ist. Noch 1998, während sich Husseins Gesundheitszustand zunehmend verschlechterte, galt er als sicherer Anwärter für die Monarchenwürde, auch wenn die ältesten Söhne des Königs ins Rampenlicht des öffentlichen Interesses rückten. *Hassan* gilt als politischer Taktiker, dem aber die väterliche Aura seines Bruders fehlt. Bereits 1965 setzte ihn der Haschemit in die Thronfolge ein, um den krisengeschüttelten Staat mit einem erwachsenen Nachfolger in sichere Hände zu geben, für den Fall, daß er einen der vielen Anschläge nicht überleben würde.

Offensichtlich hatte die damalige Königmutter *Sein* keinen unerheblichen Einfluß auf Hussein, die später lieber ihren Sohn auf dem Thron sah, als den ältesten Sohn Husseins, *Abdallah* (37), der aus der zweiten Ehe mit der englischen Christin *Muna* hervorgegangen war. Geheimer Favorit, aber zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch ohne klare Rolle, ist der 24jährige *Ali* aus der dritten Ehe mit der Palästinenserin *Alija*. Während er als Draufgängertyp und Schwärmer in der Bevölkerung nicht gut gelitten ist, wird sein Halbbruder *Hamsa* (19), ältester Sohn aus der Ehe mit Königin *Nur*, als idealer Partner zum neuen König *Abdallah* gesehen.

Mit der Berufung *Abdallahs* als Nachfolger Husseins im Januar dieses Jahres mußte sich *Hassan* dem höfischen Brauch in Demut unterwerfen. Als das dienstälteste Staatsoberhaupt

der Welt am 7. Februar starb, versammelten sich ehemalige Feinde am Tag darauf zu seinem Begräbnis in Amman. Der Weltöffentlichkeit wurden Auszüge aus seinem Testament vorgestellt, wonach es vorrangige Aufgabe sei, die Aussöhnung mit den arabischen Nachbarn voranzutreiben. Dieser Herausforderung hat sich *Abdallah* verschrieben: Die Annäherung ist angelaufen, Saudi-Arabien steht der Vereinfachung des Grenzverkehrs nicht mehr im Wege und Kuwait hat seine Botschaft in Amman geöffnet. Aus dem Golfstaat werden Angebote laut, wieder jordanische Gastarbeiter zu beschäftigen – für die Wirtschaft Jordaniens eine unerwartete Chance.

Für den neuen König ist es wichtig, sich *Hassan*, der über drei Jahrzehnte immer in der zweiten Reihe stand, nicht zum Feind zu machen. *Abdallah* bat ihn Ende März, die Koordination der Gespräche zwischen Staat und Religionsgemeinschaften weiterzuführen. Mit diesem taktischen Zug versuchte er nicht nur, *Hassan* in die Verantwortung einzubinden, sondern gleichzeitig dessen hervorragende Kontakte zu den Christen, insbesondere zu den katholischen Konfessionen zu nutzen. Regelmäßige Besuche in Rom und Gastvorträge an der Päpstlichen Universität Gregoriana gehörten bisher für *Hassan*, der mit der pakistanischen Muslimin *Sarvath* verheiratet ist, zu den gerne übernommenen Aufgaben. Das soll auch künftig so sein, denn wenn *Abdallah* das Land in Ruhe und Frieden regieren will, ist er auf Akzeptanz bei den nichtislamischen Minderheiten angewiesen, die zahlreiche Krankenhäuser und Heime betreiben.

Dieses Engagement gibt es auf katholischer und evangelischer Seite bereits seit dem letzten Jahrhundert. Der Heilige Stuhl richtete 1949 die „Päpstliche Mission für Palästina“ ein, um palästinensischen Flüchtlingen in Jerusalem, dem Westjordanland und später den von Israel besetzten Gebieten zu helfen. Daraus hat sich ein teilweise grenzüberschreitendes Netz erzieherischer und caritativer Hilfen entwickelt. Mit dem Besuch *Pauls VI.* am 4. Januar 1964 in Amman war der Weg für einen kontinuierlichen Dialog zwischen Jordanien und dem Vatikan bereitet.

Allerdings bestanden keine diplomatischen Beziehungen, weil Rom bei der Auffassung blieb, daß dieser Schritt erst dann gelingen könne, wenn Jordanien und Israel Frieden miteinander geschlossen hätten und die Palästinenserfrage für alle einvernehmlich gelöst worden sei. Es ist deshalb dem zielsicheren und erfolgsorientierten Geschick *Hassans* zu verdanken, daß mit den einsetzenden Friedensgesprächen die zügige Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Amman und dem Heiligen Stuhl am 6. April 1994 verbunden war. Die Ironie der Geschichte will es, daß derzeit der Nuntius in Jordanien, *Giuseppe Lazzarotto*, gleichzeitig Botschafter des Heiligen Stuhls im Irak ist.

Solange *Hassan* geschickt in das tagespolitische Geschäft integriert ist, wird sich die Situation der Christen kaum zum Negativen verändern. In der Zeit des innenpolitischen Um-

bruchs wird bereits nach den ersten Monaten des neuen Regenten deutlich: Das Volk steht hinter ihm. Abdallah ist mit der palästinensischen Muslimin Rania verheiratet, was zur Konsequenz hat, daß gerade die ehemaligen Flüchtlinge ihren König in besonderer Weise stärken und ihn auch die christlichen Palästinenser mittragen.

„Hier hoffen wir auf den guten Einfluß der neuen Königin“, so ein hochrangiger Kirchenvertreter: „Für uns Jordanier steht fest, daß wir dem neuen König folgen, wir fühlen uns ihm gegenüber 100prozentig verpflichtet. Genauso schätzen wir Hassan, aber wir wissen, daß Abdallah unser König ist und ihn verehren wir.“ Über konfessionelle und religiöse Gegensätze hinweg eint auch in Jordanien eine bestimmte Form des Patriotismus. Es ist kein resigniertes Anbiederei an die staatliche Macht, sondern Überzeugung der Kirchen, am Auftrag zum Aufbau eines soliden gesellschaftlichen Fundamentes mitzuwirken.

Die Christen sind in Jordanien frei, denn die Minderheit trägt mit allen Kräften zum Aufbau des Landes und einem friedlichen Wohlergehen bei. Diese „Allianz aus Überzeugung“ würde dann aufgebrochen, wenn sich mit einem veränderten Herrschaftsgefüge oder öffentlichen Agitationen eine negative Stimmung gegenüber den christlichen Minderheiten entwickelt und so die gelebte friedliche Koexistenz in Frage stellt.

Die kirchlichen Hilfseinrichtungen hoffen auf Stabilität

Es war Ausdruck von König Husseins maßvoller Politik, daß er den Minderheitenstatus garantierte und Koexistenz als Fundament seiner Herrschaft ansah. Schwierig bleibt das Mischehenproblem, das christliche Kirchenführer auf politischer Ebene thematisieren wollen. Denn auch in Jordanien gilt die Regelung, daß eine Christin, die einen Muslim heiratet, weiter Christin bleiben darf, die Kinder aber islamisch sind, wohingegen ein Christ, der eine Muslimin heiratet, zum Islam übertreten muß. Tendenziell ist in Jordanien festzustellen, daß die so neu gewonnenen Muslime häufig unter Druck ihre Verbindungen zu christlichen Familien abbrechen müssen.

Positiv ist die vom König konzedierte Möglichkeit zu vermerken, daß seit 1997 an staatlichen Schulen eine Art christlicher Religionsunterricht erteilt werden darf, was bisher auf die Gemeinden beschränkt war. Für die Katholiken geht das gute Verhältnis zwischen Staat und Kirche seit elf Jahren auch auf den amtierenden Lateinischen Patriarchen von Jerusalem, *Michel Sabbah*, zurück, der als Palästinenser rund 20 Jahre Pfarrer in Amman war. Die Jordanier sind ihm ebensogut vertraut wie ihr Königshaus. Er ist nach der gegenwärtigen Kirchenstruktur gleichzeitig verantwortlich für die lateinische Kirche in Israel/Palästina und Jordanien, so daß ein Weihbischof des Patriarchen von Jerusalem in Amman

residiert. Sabbah wird dort von *Selim Sayegh* vertreten, der seit dem Tod des Königs auf Kontinuität setzt. Sayegh verwaltet eine kleine Herde, das ermöglicht einen engen Kontakt zur Basis. Eigenengagement als Zeugnis gelebten Glaubens in vielen Bereichen ist seine Forderung.

Um einen Ort der Begegnung zu schaffen, hat Sayegh das Projekt „Regina Pacis“ initiiert: „Wir wollen mit dieser pastoralen und sozialen Einrichtung einen Beitrag zum Frieden im Nahen Osten leisten. Außerdem ist das Projekt die ausgestreckte Hand unserer Kirche für die Ökumene und den interreligiösen Dialog.“ Das ehrgeizige Bauvorhaben soll Räume für das pastorale Angebot der Kirche schaffen: „Das Zentrum wird auf das dringende Bedürfnis aller christlichen Gemeinschaften eine Antwort sein, einen Platz für Begegnungen zu ermöglichen“, so Sayegh. Integriert wird in das Haus eine Abteilung zur Pflege und Förderung von Behinderten, die in Jordanien durch das soziale Netz fallen und bevorzugt aufgrund des kirchlichen Engagements aufgefangen werden.

Die koordinierenden Kräfte des ökumenischen Gesprächs sind der Middle East Council of Churches und die Patriarchatskonferenz aller Kirchenführer. Im Gegensatz zu benachbarten Ländern haben sich die Konfessionen in Jordanien darauf geeinigt, das Weihnachtsfest einheitlich nach dem westlich-gregorianischen und Ostern nach dem orthodox-julianischen Kalender zu feiern. Allerdings erweist sich die Kommunikation innerhalb der eigenen Konfession manchmal als schwierig. Besonders die griechisch-orthodoxe Basis kritisiert die Politik des Patriarchats von Konstantinopel, ausschließlich Griechen in Leitungsamter einzusetzen. Seit mehreren Jahren ist deshalb die „Arabische nationale Bewegung“ aktiv, die zwar nicht den importierten Führungsklerus abschaffen will, wohl aber Beteiligungsgerechtigkeit wünscht. Dem Präsidenten der Bewegung, *Raouf Abu Jaber*, geht es nicht um die Einmischung in Lehrfragen: „Wir möchten lediglich mehr Rechte, uns als Laien um soziale und rechtliche Fragen in Kirche und Gesellschaft zu kümmern“, betont er.

Auch nach Hussein hoffen die kirchlichen Hilfseinrichtungen auf Stabilität. Dazu gehören z. B. die 35 muslimischen und christlichen Waisenkinder von Marmansour bei Amman, wo sie gemeinsam mit Franziskanerinnen ein Beispiel gelebter Koexistenz erfahren. Ähnlich geht es den Kindern der evangelischen Theodor-Schneller-Schule, die in frühesten Jahren mit Frieden und Toleranz vertraut gemacht werden. Zur Zeit besuchen 238 Schüler die Einrichtung, die aus sechs verschiedenen Ländern kommen, unter ihnen sind neben 71 Katholiken, 49 Orthodoxen und 12 Evangelischen auch 106 muslimische Kinder. *Kamal Farah*, Direktor der Schule, macht mit dieser Zusammensetzung beste Erfahrungen: „Wir feiern unsere christlichen und muslimischen Feste gemeinsam. Die Kinder können in Respekt voneinander lernen. Der so viel beschworene Dialog von Religionen wird bei uns praktiziert.“

Und dabei möchten wir jedem Kind seine eigene religiöse Identität bewahren. Hier gibt es keinen Proselytismus.“

Jordanien lebt in einer Zeit des Übergangs, das Land überwindet die Trauer und hofft auf Kontinuität. Die Christen haben aufgeatmet, besonders der palästinensische Teil freut sich über den neuen König. Ob ihm die Überwindung des Wirtschaftsdesasters und der grassierenden Korruption gelingt, bleibt offen. Der junge König wird den Weg fortschreitender

Demokratisierung wohl nicht verlassen, ob die noch immer scharfe Pressezensur aufgehoben und eine größere Beteiligung von Frauen realisiert wird, ist allerdings fraglich. Weihbischof Sayegh zeigt sich optimistisch: „Als christliche Minderheit werden wir auch morgen gut leben können. Für uns gilt das Motto: Wir stützen den König. Denn eines steht fest, und so denken alle Jordanier: Wie der Vater, so der Sohn! Das ist Kontinuität im Übergang mit neuen Chancen. Wir werden uns dem Gespräch nicht verweigern.“ *Matthias Kopp*

Nachrichten

Die deutschen Bischöfe protestieren gegen die Einführung von „Mifegyne“

Das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte in Berlin hat am 6. Juli auf Antrag der Firma Exelgyn die sogenannte Abtreibungspille „Mifegyne“ (früher: RU 486) für Deutschland zugelassen. Nach Frankreich, Großbritannien und Schweden ist Deutschland damit das vierte Land in der Europäischen Union, in dem das Präparat zum chemischen Schwangerschaftsabbruch vertrieben werden darf. Es soll noch in diesem Jahr auf den Markt kommen. Der Deutsche Bundestag hatte kurz zuvor beschlossen, daß Mifegyne im Falle der Zulassung nicht über Apotheken abgegeben werden darf, sondern nur an diejenigen Kliniken und Arztpraxen, die Abtreibungen vornehmen.

Schon seit längerer Zeit wurde heftig über die moralische Beurteilung des Produktes diskutiert (vgl. HK, Februar 1999, 62 ff.). Die Politiker der Regierungskoalition haben die Entscheidung des Berliner Instituts erwartungsgemäß nachdrücklich begrüßt. Bundesfamilienministerin *Christine Bergmann* (SPD) sprach von einer „Entscheidung zugunsten von Frauen“. Kritik gab es hingegen nicht nur von Unionspolitikern, sondern vor allem auch von den katholischen Bischöfen, die seit Jahren vor einer Einführung des Produktes gewarnt

haben. Sie befürchten, daß mit der Verfügbarkeit der Abtreibungspille die Bemühungen um den Lebensschutz unterhöhlt werden. So kritisierte der Bischof von Dresden, *Joachim Reinelt*, die Entscheidung als „Angriff auf den Menschen insgesamt“. Er sieht dadurch das Verhältnis von Staat und Kirche schwer belastet. Kardinal *Joachim Meisner*, Erzbischof von Köln, sprach von einem „schwarzen Tag für Deutschland“. Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, *Karl Lehmann*, wies in einer Stellungnahme auf die Gefahr hin, daß „die bewußte Tötung ungeborenen Lebens zu einem üblichen Mittel der Geburtenregelung wird“.

Nichtregierungsorganisationen gegen Kürzungen des BMZ-Haushaltes

Als drastischen Einschnitt beurteilte der Verband Entwicklungspolitik (VENRO) die im Regierungsentwurf für den Bundeshaushalt 2000 vorgesehenen Kürzungen im Haushalt des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Der Verband beklagt auch den offenkundigen Widerspruch zu den Ankündigungen der Bundesregierung im Koalitionsvertrag: Darin ist die Umkehr des Abwärtstrends des Entwicklungshaushaltes, die kontinuierliche Erhöhung der sogenannten Verpflichtungsermächtigungen (die finanziellen Zusagen für die nächsten Jahre) und die stärkere Förderung der Arbeit von Nichtregierungsorganisationen festgeschrieben.

Nach den vorläufigen Plänen, soll der Etat des BMZ für das nächste Jahr um 8,7 Prozent auf 7,08 Milliarden Mark gekürzt werden. In den Folgejahren soll er nach den Plänen des Bundesfinanzministers dann weiter absinken auf 6,9 Milliarden im Jahr 2001, 6,8 Milliarden im Jahr 2002.

Die geplanten überproportionalen Einsparungen bei der Unterstützung der Arbeit freier Träger deutet für *Martin Salm* auf einen Politikwechsel hin, wie der Leiter von Caritas international Anfang Juli anlässlich der Vorstellung des Jahresberichts 1998 der Auslandsabteilung des Deutschen Caritasverbandes betonte. Caritas international konnte ihre Hilfe im Vorjahr um mehr als zehn Millionen auf über 97 Millionen Mark steigern und unterhält weltweit mehr als 2000 Projekte für Opfer von Katastrophen, Bürgerkriegen und sozialer Not. Äußerst zufrieden zeigte sich die Caritas mit dem Spendenergebnis in Höhe von 45 Millionen Mark.

Er habe durchaus Verständnis für den generellen Sparwillen des Bundesfinanzministers, wenn es darum geht, den Staat handlungsfähig zu halten. Dazu passe jedoch nicht, daß lediglich Bildung und Forschung, nicht aber die Entwicklungszusammenarbeit in besonderer Weise behandelt werde. So Misereor-Hauptgeschäftsführer *Josef Sayer*, der vor der Enttäuschung der zahlreichen Partner kirchlicher Hilfswerke in Afrika, Asien und Lateinamerika warnte, die sich für den Aufbau gerechter und demokratischer Zivilgesellschaften einsetzten.